



Beschluss

vom 28. September 2004 Nr. 5134

Postulat

Postulat Hannes Kundert: Deutsch - kein Hindernis mehr für die Berufswahl; Frage der Erheblicherklärung

Hannes Kundert und 20 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 24. August 2004 ein Postulat betreffend "Deutsch - kein Hindernis mehr für die Berufswahl" ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Der Stand der Deutschkenntnisse und die Fertigkeiten im Gebrauch der Umgangssprache bestimmen weitgehend über die soziale aber auch berufliche Integration der Jugendlichen. Ist die Kommunikation mangels Sprachverständnis erschwert, können auch die weiteren Kulturtechniken nur unter erhöhtem Aufwand vermittelt werden. Beherrschen Jugendliche nach der Volksschule die deutsche Sprache nicht derart, dass sie in der Lage sind, sich selbst mitzuteilen und mündliche oder schriftliche Informationen zu verstehen, haben sie Mühe, das Selektionsverfahren für den Einstieg in eine qualifizierte Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen. Es ist deshalb leicht nachzuvollziehen, dass Ausbildende Bewerberinnen und Bewerber mit guten Deutschkenntnissen bei der Besetzung von Lehrstellen den Vorzug geben, da bei diesen erfahrungsgemäss die Aussichten für einen erfolgreichen Berufsabschluss bedeutend besser sind.

Im Wissen um diese Zusammenhänge wurde für die städtischen Schulen ein Integrationskonzept geschaffen, welches sich auf die "Empfehlungen des Erziehungsdepartementes zur Förderung fremdsprachiger Kinder im Kindergarten und Volksschule vom 1.2.1995" abstützt und mit dem "Kreisschreiben des Erziehungsrates über die Beschulung fremdsprachiger Kinder vom 20.10.1993" korrespondiert. Wichtigster Pfeiler des Konzeptes bilden die Integrationsklassen. Kinder, welche beim Eintritt in die Volksschule noch keinen oder nur wenig Kontakt zu den sprachlichen, schulischen und kulturellen Gepflogenheiten unserer Gesellschaft haben, sollen in Integrationsklassen eine spezifische Einstiegschance erhalten. Während



einem halben, höchstens aber während zwei Jahren wird den Kindern Gelegenheit gegeben, ihre diesbezüglichen Defizite auszugleichen um darauf hin (ordentlicherweise) in eine Regelklasse über zu treten. Dieses schulische Angebot mit Integrationsklassen besteht auf allen Stufen der Volksschule, d.h. von der ersten bis zur neunten Klasse.

Das Instrument der Integrationsklassen hat sich in der Stadt St.Gallen bestens bewährt. Dank kleinen Klassen und individueller Förderung kann spätestens nach dem zweijährigen Besuch der Integrationsklasse davon ausgegangen werden, dass Schülerinnen und Schüler dem regulären Unterricht folgen und mit den Kameradinnen und Kameraden im Klassenverband kommunizieren können. Zeigen sich beim Übertritt in die Regelklassen gewisse Integrationsschwierigkeiten, hat die Schulleitung die Möglichkeit, die Kinder zusätzliche Stützkurse besuchen zu lassen. Somit kann mit Blick auf das Postulatsanliegen festgestellt werden, dass mit der Umsetzung des Integrationskonzeptes in den Schulen, d.h. mit Integrationsklassen und ergänzenden Stützkursen in den Regelklassen, dem Anliegen für einen raschen Erwerb der deutschen Sprache bereits entsprochen wird.

2 Gemäss Art. 14 des Volksschulgesetzes (VSG) erlässt der Erziehungsrat den Lehrplan, welcher die Unterrichtsbereiche, die Bildungs- und Lernziele sowie die Stundentafel mit der wöchentlichen Unterrichtszeit bestimmt. Der Lehrplan, somit auch die Ausgestaltung der Stundentafel für die Regelklassen der Oberstufe, ist verbindlich festgelegt. Weder die Schulbehörden noch die Oberstufenschulen haben die Kompetenz, den Lehrplan zu ändern. Dazu fehlt es an der gesetzlichen Grundlage. Diese verbindliche Kompetenzregelung zu Gunsten des Erziehungsrates hat zur Folge, dass Schülerinnen und Schüler nicht zum Besuch von Zusatzkursen in Deutsch verpflichtet und im Gegenzug vom Unterricht in Fremdsprachen freigestellt werden können.

Im ersten Oberstufenschuljahr sind sowohl für die Real- als auch für die Sekundarschule zwingend vier Lektionen Deutsch und je drei Lektionen in den Fremdsprachen Englisch und Französisch vorgeschrieben. Mit dieser parallelen Ausgestaltung des Sprachunterrichtes soll die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Schultypen garantiert sein. Im zweiten Oberstufenjahr sind in der Sekundarschule vier Deutsch-, drei Englisch- und vier Französischlektionen Pflichtunterricht. In den zweiten Realklassen sind vier Deutsch- und drei Englischlektionen obligatorisch, drei Französischlektionen sind Wahlfach. Im dritten Oberstufenschuljahr haben die Schülerinnen und Schüler in der Sekundarschule vier Deutsch-, drei Französisch- und drei Pflichtlektionen in Englisch zu besuchen, während in der Realschule vier Deutsch- und drei Englischlektionen Pflichtfach sind. Drei Französischlektionen werden als Freifach angeboten. Alle Lektionen sind in der Lektionentafel festgeschrieben. Für eine flexible Hand-



habung der Deutsch-, Französisch- oder Englischlektionen besteht in den Regelklassen kein Raum.

Eine Ausnahme bilden die Kleinklassen. In Kleinklassen sind bei der Ausgestaltung der Lektionentafeln abweichende Lösungen für einzelne Schüler und Schülerinnen oder auch für Schülergruppen möglich. Hier kann der Schulrat auf Antrag der Lehrperson oder des Schulpsychologischen Dienstes eine Abänderung der Stundentafel mit zusätzlichem Förderunterricht in Deutsch bewilligen und dafür beispielsweise auf Fremdsprachenunterricht verzichten. Der Schulrat hat von dieser Möglichkeit in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht, in der Erwartung, dass diese Jugendlichen dank dieser Massnahme die minimalen Lehrplanziele erreichen.

Besteht im Pflichtunterricht der Regelklassen keine Möglichkeit einer flexiblen Handhabung der Stundentafel für Fremdsprachen, sieht es im Freifachbereich anders aus. Hier steht es den einzelnen Schulen frei, nach Bedarf zusätzliche Deutschkurse anzubieten. Ein Besuch dieses Zusatzangebotes kann aber nicht angeordnet werden.

3 Zwischen dem Erwerb der deutschen Sprache und der gesellschaftlichen und damit auch schulischen Integration besteht eine enge Wechselwirkung. Ist ein Kind nicht oder schlecht in die Gesellschaft integriert, kann die Schule noch so grosse Anstrengungen unternehmen, das Kind wird nur mangelhaft Deutsch sprechen und schreiben. Die fehlende Integration lässt keine Motivation aufkommen, die Landessprache korrekt zu erlernen. Das mangelnde Interesse wiederum geht häufig einher mit einer fehlenden Unterstützung des Elternhauses, welchem es oft am Willen fehlt, selber die Sprache zu lernen und mit der Schule zusammen zu arbeiten. Es ist eine Tatsache, dass die Förderung der Schülerinnen und Schüler mehr Wirkung zeigt, wenn das Umfeld, insbesondere die Eltern am Schulalltag und am schulischen Fortschritt ihrer Kinder Anteil nehmen und sich dafür engagieren. Schulverbindend in diesem Sinne wirken die "Deutschkurse für Mütter", welche die Mütter in die Schule ihrer Kinder führen, Hemmschwellen abbauen und erste Kontakte mit der Schule ermöglichen. "Deutschkurse für Mütter" sind inzwischen in neun Schulen fest verankert und sollen im Rahmen des städtischen Integrationskonzeptes zu einem ständigen Angebot ausgebaut werden.

Trotz aller Anstrengungen ist aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass bei etlichen Jugendlichen die Defizite im Sprachbereich einhergehen mit Defiziten in anderen schulischen Fächern. In diesen Situationen ist auch ein direktives Eingreifen, z.B. durch die Verordnung von zusätzlichen Deutschstunden, kaum sinnvoll. Denkbar ist, dass über andere methodische



Zugänge, wie sie in den Brückenangeboten (Motivationssemester, Vorkurse etc.) vorgesehen sind, diese Jugendlichen die für die Integration notwendige Unterstützung erhalten.

4 Mit Integrationsklassen und ergänzenden Stützkursen für Schülerinnen und Schüler, aber auch mit Massnahmen zur verbesserten gesellschaftlichen Integration dieser Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern, ergänzt mit verbindlicher Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern, wird dem berechtigten Anliegen des Postulates im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bereits heute auf allen Volksschulstufen entsprochen. Für zusätzlichen Deutschunterricht zu Lasten der Fremdsprachen auf der Oberstufe müsste der Erziehungsrat die Lehrpläne für die Oberstufe abändern. Solche Begehren wären auf kantonaler Ebene vorzubringen.

Der Stadtrat beantragt daher das Postulat **nicht erheblich** zu erklären.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Schulvorstand wird beauftragt in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Beilage:
Postulat vom 10. Juli 2004

Protokollauszug:
Finanzverwaltung (3)
Schulverwaltung (3)

